



RENTNERISCHES

Für Alte und solche,
die es werden wollen



Nr. 65
Dezember 2024

AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Freie Kulturszene
meldet Mehrbedarf
an

Ostbeauftragter
investiert in seine
Präsentation

Minister lässt Künstliche
Intelligenz nach Groll
und Abscheu suchen



Stadtgespräch



Mit Spannung erwartet wird Robert Habecks Zusage zum Küchengespräch in der Jenaer Obdachlosenunterkunft

Der Jenaer Selbstbeauftragte für Behinderte und Benachteiligte hat mitgedacht und an Robert Habeck die Einladung zu einem der Küchengespräche, zu denen er eingeladen werden möchte, sozialgenetzt, und zwar in die Küche der Obdachlosenunterkunft Am Steiger 4. Die Information ging auch an den Jenerser im Bundesvorstand, nun darf man gespannt sein.

Es könnte ja zu einem Honecker-Effekt kommen; Potjomkinsche Zimmer und geputzte Bewohner.

Robert Habeck könnte die Bewohner leicht unterscheiden von den begleitenden Journalisten, das wären die, die ihm nicht zu

Füßen liegen. Es wäre für ihn im doppelten Wortspielsinne ein Heimspiel, er könnte mit den Bewohnern plaudern und ihnen dasselbe sagen, was er Caren Miosga gesagt hat, ohne dass sie ihm die gleichen Fragen stellen. Und er hätte wieder neue Argumente gegen die Schuldenbremse, denn ohne neue Schulden reicht das Geld nie.

Eine sehr gute Idee also.

Was könnte dagegensprechen?

Zunächst ist Robert Habeck in derselben Situation wie der Weihnachtsgast, er kann nicht alle Wünsche erfüllen.

Es gibt viel mehr Küchen und viel mehr Einladungen, als er ab-

besuchen kann. Immerhin wäre Jena halt Jena.

Es könnte auch sein, dass formale Gründe entgegenstehen, die Einladung müsste schon vom Betreiber selbst kommen, man kann nicht woandershin einladen. Es müsste also die Stadt oder ein Komitee der Obdachlosen sich die Einladung zueignen.

Und es kann auch nicht jeder hinein, da muss man sich Termine geben lassen. Dafür ist wieder jemand zuständig, der sich vielleicht nicht drängeln lassen möchte.

Polizeilich wäre der Termin zu bewältigen; viel mehr Polizei als gewöhnlich müsste dorthin deswegen nicht. ●

Dreifache Provokation bei städtischer Werbung um Wahlhelfer

Die vor verrotteter Dämlichkeit tiefende Stadt lässt es sich nicht nehmen, sogar bei dem letzten verbliebenen Rest demokratischer Bürgeraktivität, dem Wählen, ihr arrogantes Fett den Bürgern ins Gesicht zu rotzen.

Die Bitte um Engagement als Wahlhelfer wird auf den dafür gestalteten Zetteln als multiple Provokation vorgenommen. Formuliert ist eben nicht eine Bitte, wie es sich ziemte, sondern ein Imperativ, wenn auch ohne Ausrufezeichen, und der Bürger wird geduzt.

Hat der Bürger nun das Recht zu erwidern: Stadt, du bist so blöd?

Wohl nicht.

Damit die Bürger nicht auf die Idee kommen, Individuen mit eigener Meinung zu sein, werden sie zudem mit Deppinnensternchen angequatscht. Werde Wahlhelfer-Deppinnensternchen-in. Deutlicher kann man nicht gesagt kriegen, wofür man gehalten wird und dass man sich nicht einbilden möge, mit der Wahlentscheidung einen Einfluss auf die Politik zu haben. ●

Neues Gremium

Die Stadt will ein Gremium für Völkerverständigung einrichten. Das ist ambitioniert für welche, die nicht mal das eigene Volk verstehen.

Schlagerradio

Die UKW-Ausstrahlung des Deutschlandfunks im Jenaer Gebiet wurde eingestellt, dafür sendet jetzt ein Schlagerradio. Die Musik ist Geschmackssache, aber die Texte sind unbestreitbar eine Verbesserung.

Besorgnis

Bei den Kundgebungen für die Befreiung Palästinas von Israel könnte es zu überzogenen antisemitischen Forderungen gekommen sein, wie die Stadt nun eruiert. Für die städtischen Eliten wäre es eine neue Erkenntnis, dass außer Impfgegnerschaft, Vielfaltsleugnung und Kalifatskepsis auch Judenfeindschaft eine antisemitische Konnotation haben könnte.

Saisonaler Markt

Der Weihnachtsmarkt wurde eröffnet. Es wird mit sehr hohen Besucherzahlen gerechnet, weil zwischen den locker angeordneten Ständen viel mehr Platz ist als früher.

Das hätten auch andere Fußballfans sein können!



Go-Area

Stadtamtsleute und Zeitung haben Neulobeda besichtigt und festgestellt, dass von einer No-go-Area nicht gesprochen werden könne, die Gefahrenlage sei nicht besonders erhöht. Dann ist es gut, dies festzustellen, bevor jemand von einer No-go-Area spricht.

Nachdem das so gut lief, wollen sie als nächstes die Obdachlosenunterkunft besichtigen und feststellen, dass es keine besonderen Gefahren gibt.

Aufstellung

Die örtliche SPD stellt wieder den Direktkandidaten auf, der das Mandat gewonnen hatte. Die Leute neigen dazu, den Amtsinhaber zu wählen, und von dem ist inzwischen bekannt, wen man da wählt. Damit zieht die SPD diesbezüglich mit der CDU-Konkurrenz gleich; alle CDU-Wähler wissen inzwischen, was man wählt, wenn man CDU wählt.



WENN DIESE KULTURSCHAFFENDEN NICHT MAL SOLCHE WAHLERGEBNISSE VERHINDERN, MÜSSEN SIE SICH FRAGEN LASSEN, OB IHRE ZUSCHÜSSE DEMOKRATISCH ZU BEGRÜNDEN SIND.



Die sogenannte freie sogenannte Kulturszene möchte, dass für sie mehr Menschen mehr arbeiten, um sie zu finanzieren

Die Freie Bühne, war das nicht die mit dem Klimafeuerwehrstück, gefördert von der Bundesregierung? Kann sein. Dann wäre das jetzt ja eine echte griechische Tragödie, man macht Agitprop für die Regierungspolitik, die zu hohen Energiekosten, Inflation und Wirtschaftsschrumpfung geführt hat, weshalb man jetzt selber das Verarmungsschicksal der Menschen teilt, die weniger Geld für Kultur übrig haben und von denen man das Geld nun über den staatlichen Umweg eintreiben will, und lässt darüber in der Zeitung berichten, die sich diesbezüglich auch einiges nachsagen lassen müsste, wenn sie noch von Belang wäre.

Corona war auch. Wenn wir uns recht erinnern, hat die Kulturszene die Hetze gegen die faschistischen Schwurbler bereitwillig unterstützt. Tja, unter den Faschisten hätten sie weiterarbeiten können.

Jetzt melden sie also einen Mehrbedarf an Förderung an, die freien Kulturszenetypen. Der Lokalzeitung zufolge orientieren sie

sich daran, wieviel Geld es in Erfurt gibt. Laut Kassa-Alf arbeiten die Leute knapp über Mindestlohn und auf Teilzeitstellen vollzeitig. Da ist es aber auch ein Pech, dass die Gewerkschaften sich um wichtigere Dinge kümmern, Demokratie und Weltoffenheit, so Zeugs. Und das Ehrenamt stecke in einer Krise. In welcher, schreibt die Zeitung nicht, jedenfalls nicht in dem Artikel. Die Krise könnte darin vermutet werden, dass Jusos zu selbstbewusst und Großstanten gegen steuerbord zu alt wären, um sich mit Arbeit zu befassen.

„Kulturdezernent und Kulturausschuss müssen ihre ‚Lobbyfunktion‘ übernehmen“, so stellen die sich vor, dass ihnen jetzt doch auch mal was zurückgegeben werde. „Man sei kein Bittsteller, sondern essentieller Bestandteil des kulturellen und sozialen Lebens, betonen die Akteure.“ Kein Bittsteller? Na, wie erklären wir ihnen das jetzt? Ach, gar nicht, geht nicht.

Besonders interessant ist die letzte der aufgelisteten Forderungen: „Die Beantragung und

Abrechnung vereinfachen – insbesondere für Beträge bis 10.000 Euro.“ Also wenn hier nicht Jena wäre. Vereinfacht gesagt: So seht ihr aus.

Ein Mehrbedarf von 500.000 Euro zu den im Stadthaushalt für die Vereine veranschlagten 780.000 Euro wird angemeldet, das wäre eine partielle Inflation von rund 60 Prozent. Ob dafür Renten gekürzt werden sollen oder die Hilfen für die Ukraine oder ob ein Sondervermögen angezapft werden soll, das sagen die Kulturschaffenden nicht, in die Politik mischen sie sich nur auf Ansage ein. Letztlich sollen die Bürger noch mehr abgeben und mehr arbeiten für die Kulturaristokratie. Es sind Steuergelder oder auch Schulden oder Gelder von Strafzetteln oder Strafbefehlen wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung nichtswürdiger Politiker, in jedem Falle unser Geld. Das ist Demokratie: dass es unser Geld ist, auch wenn es im Haushalt verplant wurde.

Und wenn wir über unser Geld selber verfügen, können wir es für Kultur ausgeben. ●

Report

Was die relevante Frage ist, übersieht die junge Abgeordnete

Vor 35 Jahren hatten die Bemühungen an der Universität Erfolg, eine unabhängige studentische Zeitung zu machen, nicht nur eine Kinderseite in „Sozialistische Universität“. Die Gründer hatten nichts als eine Schreibmaschine für A3-Blätter, Enthusiasmus und zehntausend Ostmark für den Druck.

Das Studentische Akrützel heißt nur noch Akrützel und in angemessener Kleinschreibung akrützel, müsste aber besser „Sozialistische Universität“ heißen, wenn das nicht nach eingeschränktem Gültigkeitsbereich klänge.

Jüngst haben sie da als Cover-Girl eine neue junge Landtagsab-

geordnete, die nach Typ gecastet sein dürfte; genau so sehen die immer aus. Um sie geht es über drei Seiten, wobei „geht“ und „um sie“ stark übertrieben ist, sie hat nichts zu erzählen außer selbstreflexivem Kram. Warum sie links ist – weil sie junge Frau ist – und wie schwer Linkssein ist in bestimmten Gegenden und der Bodo und das Geld, von dem sie das meiste wegsendet.

Bei der Staatssache handelt es sich nämlich um verdeckte Parteimilieufinanzierung, die Kandidaten werden vorgeschoben, um Geld verfügbar zu machen, damit der Kreislauf von medialer Präsenz und staatlicher Position

nicht abreißt. Das weiß sie natürlich nicht, sie ist jung, und damit steht sie über jeglicher Kritik, denn alles wäre fräuleinfeindlich und käme aus der Ecke selbsternannter Männer ohne Farbe.

Sie möchte nur für linke und progressive Themen abstimmen, an der Seite von Minderheiten stehen, vor Ort zuhören und dann auch anpacken, mit Jugendlichen statt über sie reden, in der Fraktion gebe es keine patriarchalen Strukturen – alles ganz großartig. Künstliche Schwarmintelligenz im Naturzustand. Stärkung des Schutzes der barrierefreien Nachhaltigkeit sagt sie nicht, hat sie aber gewiss auf dem Schirm.

Jetzt kommt nur wieder einmal uns die undankbare Aufgabe zu, erstens Ihnen davon Kunde zu geben, das interessiert doch Sie nicht, was da in der studentischen Zeitung breitgetreten wird und was für politischer Nachwuchs nachwächst, das kriegen Sie früh genug zu spüren, und zweitens die Mitteilung zu machen, was angesichts der Lage die wirklich wichtige Frage für die junge Politikerin ist.

Die lautet: Würde man sie verteidigen?

Wären Sie bereit, diese junge Frau, Abgeordnete und Studentin der Politikwissenschaft, im Ernstfall zu verteidigen?

Würden Sie Ihre jungen Männer aus der Verwandtschaft einsetzen für ihre Verteidigung?

Tut uns leid, darum geht es. ●



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Geld muss fließen, so viel versteht die SPD von Finanzen

Was die Glaubwürdigkeit des Senioren-Akrützel ausmacht, ist unsere Glaubhaftigkeit. Darum wird bei uns die SPD immer viel besser dargestellt, als ihr gebührte, denn wenn wir dieses Konstrukt so präsentieren würden, wie es ist, würden Sie uns es nicht glauben. Viele von Ihnen kennen die SPD noch aus der Zeit, als sie vortäuschte, sich für die arbeitende Bevölkerung einzusetzen, für die Menschen, die wertschöpfend und nutzbringend tätig sind, für das Volk, also all die, mit denen sie nichts mehr zu schaffen haben will.

Die Partei ist die Benutzeroberfläche für den Untersumpf, um staatliches Geld zu akquirieren. Untersumpf soll so was bedeuten wie *tiefer Staat*, aber wir wissen nicht, ob das derselbe tiefe Staat wäre, den andere damit meinen.

Bitte stellen Sie sich vor, Sie können ein Budget für Bewirtung verbrauchen und rechnen 150 Euro für eine Zwanzigerportion Hühnchen-Nuggets ab. Die Nuggets gab es, die Bewirteten haben gegessen, und das Restaurant hat die bestätigte Zahlung erhalten. Nichts daran ist Geldwäsche, zumal Sie nicht so ungeschickt sind, sich selbst eine Provision vom Wirt zurückzahlen zu lassen. Der Wirt ist Ihnen verbunden und sagt Ihnen, wenn andere Gäste sich abfällig über Sie äußern. Nicht nur Ihnen, gleich den zuständigen Stellen, die auch mit Ihren Leuten besetzt sind. Kostet alles Geld, das jemand bekommt.

Nun haben wir nicht Fressgesellschaft, sondern Informationsgesellschaft, Macht besteht in Deutungshoheit und Meinungsbildungsgleichströmung. Werbetexter bestimmen, wie wir reden und wen wir gut finden, zufällig dieselben, die ihnen Geld verschaffen können.

Unser Thüringer Wirtschaftsmini-

ster soll angeblich das Narrativ bedienen, 50.000 Euro für Erstellung und Pflege eines Instagram-Accounts gezahlt zu haben, so was im Internet, wo man draufgucken kann und Neuigkeiten aus der Welt der Thüringer Wirtschaft erfährt. Den Account gibt es und er wird gut frequentiert. Im Ministerium hat sich demnach niemand gefunden, der es selber kann, das glauben wir gern.

Es wurde bekannt, dass der Ostbeauftragte der Bundesregierung über 900.000 Euro, vermutlich inklusive Mehrwertsteuer, an linke Werbeagenturen für Öffentlichkeitsarbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben hat.

Der Ostbeauftragte war schon im Finanzausschuss, im Geheimdienstausschuss und ist SPD, alles zusammengenommen kumuliert in der Ostbeauftragung.

Jetzt wollen wir aber nicht den Unmut füttern mit haltlosen Vermutungen, darum fragten wir bei der Pressesprecherei des Ostbeauftragten nach: Ist der Herr Ostbeauftragte mit den Ergebnissen und Wirkungen zufrieden?

Bei unserer letzten Anfrage fanden seine Sprechenden das Senioren-Akrützel zu scharf und die Leser zu unwichtig, um sie einer Antwort zu würdigen. Diesmal hat man schon was vorbereitet.

Ein Sprecher des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland antwortete uns: *„Die Ausgaben beziehen sich auf einen Zeitraum von drei Jahren für Maßnahmen der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören u.a. zahlreiche öffentliche größere und kleinere Veranstaltungen sowie Gestaltung und Umsetzung der Berichte zum Stand der Deutschen Einheit und die Berichte des Ostbeauftragten und weitere zahlreiche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Zu den gesetzlichen Pflichten der Re-*

gierung gehört es, Bürgerinnen und Bürger über die Regierungsarbeit zu informieren. Diesem Auftrag wird Staatsminister Carsten Schneider mit dem Einsatz dieser Mittel gerecht.“

Was ja zu der Frage geführt hat.

Ein Engagement externer Experten, um die Frage zu verstehen, würde nur noch mehr Kosten verursachen.

Der Staatsminister wird einem Auftrag gerecht.

Nichts anderes vermuten wir ja.

Unser bizarrer Bundeskanzler, dem niemand sagt, dass sein Gesichtsausdruck unangemessen ist, hat im nachtatörtlichen Interview mit Caren Miosga seine Entlassung des Finanzministers Christian Lindner unter anderem damit begründet, der FDP ginge es mit der Verweigerung neuer Schuldenaufnahmen *„nur um ihre eigene Klientel“*.

Wer soll das jetzt bitte sein? Wer ist die Klientel, die kein Interesse daran hat, dass der Staat sie noch mehr verschuldet?

Dies fragten wir bei der Pressestelle der Bundesregierung an, wir erhielten aber keine Antwort, wen der Bundeskanzler für diese Klientel hält. Vielleicht Steuerzahler?

Mit Sicherheit vermuten lässt sich nur: andere als die SPD-Klientel, die an staatliches Geld herankommen will, auch wenn es der Staat dafür nur geborgt hat.

Mussten wir also bei der FDP anfragen, wen der Kanzler meint mit ihrer Klientel, die FDP antwortete uns: *„Die FDP macht Allen ein Angebot, die Vertrauen auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen, Respekt vor ihren freien Entscheidungen haben, das Eintreten für Eigentum schätzen und einen Staat wollen, der die Menschen bei den großen Lebensrisiken nicht im Stich lässt, aber im Alltag in Ruhe.“*

Manchmal werden an das Senioren-AKRÜTZEL Fake-Narrative herangetragen, damit wir offenkundigen Unsinn glauben sollen, aber das tun wir nicht

Das Senioren-Akrützel ist auch dazu da, Menschen eine Stimme zu geben, denen es sie sonst verschlägt, diese Funktion bringt es mit sich, dass uns viel Novellenartiges erzählt wird. Diese Auswahl könnte zu dem verzerrten Bild führen, alles wäre bloß noch Blödsinn und dieses Land würde nur noch durch die Zirkusmusik zusammengehalten. Aber das stimmt natürlich nicht. Das meiste, was passiert, ist kein Blödsinn. Wir erfahren nur nichts davon.

Und manchmal werden wir getestet, ob wir leichtgläubig wären und auf offenkundigen Quatsch hereinfallen.

So tischte uns ein Jenaer dies auf. Er habe sich dazugesellt, als auf universitärem oder universitätsnahe Platz die Studierneulinge ihre Einführungstage beginnen, eine mutmaßlich studentische als Frau gelesene Person habe ihn aber wegkomplimentiert.

Das kann ja sein, der Teilnehmerkreis mag definiert sein, und so was wie Hausrecht könnte die

haben. Sie sei indes recht pampig geworden und unzugänglich für Nachfragen. Auch das liegt im Rahmen dessen, was vorkommt und hinzunehmen wäre.

Er habe sich nun, so schildert er, irgendwo hingesetzt und das, was er ihr sagen wollte darüber, wie er sich gefühlt hat und wie sie auf ihn gewirkt hat, aufgeschrieben, um es ihr zu geben. Da sie ihm ihren Namen nicht habe sagen wollen, redete er sie mit „Liebe Frau“ an, ging zurück zu ihr und überreichte ihr den Brief. Daraufhin, so behauptet er, habe sie einen multiplen Anfall von unbeschreiblichen Einzelanfällen bekommen.

Das ist schon mal sehr unwahrscheinlich, aber nun kommt das, was zeigt, dass wir mit der Geschichte hinter den Leim geführt werden sollen. Er habe von jemandem beim Studentenrat erfahren, die Person sei keine Frau, sondern identifiziere sich als Mann, die falsche Anrede wäre etwas namens Missschändern und habe die Person damit in die Krise gestürzt.

Uni halt, könnte man sagen. Doch er habe nun, ein paar Wochen nach diesem Vorfall, im Radio gehört, das Gesetz wäre so und die Strafen wären verschärft worden. Für so was.

Also bitte.

Auch wir haben Grenzen und glauben nicht jeden Unsinn, der uns erzählt wird, damit wir ihn weiterverbreiten und entweder uns als anfällig für haltlose Komplottfabeln erweisen oder uns anhängen lassen, dem Narrativ von der Verklapsmühlung eine Bühne zu bieten, bei dem es sich in Wirklichkeit um Falscherzählungen aus Nicht-EU-Europa oder von Elon Musk oder von Grünehassern handelt.

Darum glauben wir das nicht, und Sie bitte auch nicht. Sonst sind Sie Gesellschaftsspalter und Demokratiedelegitimierer und überhaupt jemand, der dem Staat alles zutraut, was er verfassungshalber gar nicht darf. ●



Robert Habeck ist Kunde einer Agentur, die gegen Verfasser störender Netzinhalte juristisch vorgeht. Werden seiner Annahme nach Groll und Abscheu dadurch weniger oder mehr?

Die Polizei hat bei einer Hausdurchsuchung bei einem vierundsechzigjährigen Mann in Bayern Beweismittel sichergestellt in Form eines digitalen Endgerätes, das die Tatwaffe gewesen sein könnte, mit dem Bundeswirtschaftsminister Habeck angegriffen wurde. Der Fall ist bekannt geworden, weil Robert Habeck den Strafantrag selbst gestellt, zumindest unterschrieben hat. Der Mann hatte ein Bild weitergeleitet, in dem humoristisch der Minister als, sagen wir es vorsichtig, Mischung aus Wachkopf und Schachkopf bezeichnet wurde. Beleidigung im politischen Fall, die Grünen wollten es selbst nicht glauben und machten russische Desinformation für diese Fake-Meldung verantwortlich. Desinformation kann trotzdem stimmen, wenn sie nicht passt. Die Staatsanwaltschaft hatte bestätigt, dass der Strafantrag von Robert Habeck unterschrieben war. Er verschafft seinen Leuten Arbeit. So weit die bekannte Nachrichtenlage.

Eine Agentur, gegründet von FDP-Jungschen, spezialisiert sich auf die Suche nach Groll und Abscheu gegen Politiker im Netz, denen sie die Dienstleistung erbringt, die Justiz für sie zu beschäftigen, und setzt dafür Künstliche Intelligenz ein. Die kann das effizienter als ein Mensch.

So können Politiker noch schneller, als sie es analog schaffen würden, persönlich beleidigt sein, was für die Anzeige wegen Beleidigung oder übler Nachrede oder Verleumdung nötig ist, und in der Ausübung ihrer politischen Tätigkeit dadurch beeinträchtigt, was für die

Strafverschärfung nötig ist, ohne überhaupt davon zu erfahren. Soll noch jemand von einer Servicewüste reden.

Insgesamt arbeitet der Staat auch effizienter, speziell die Justiz, wenn sie bei Verbrechen nicht hinterherkommt, aber nach der geäußerten Meinung, die Politik versage oder der Staat erfülle seine Aufgaben nicht, Wohnungen durchsucht werden.

Diese Beschreibung des Zustandes, wo wir sind, ist nötig, weil das die Normalität geworden ist.

Weder die Agentur noch der Minister finden was dabei. Früher hätte man so was nicht gemacht.

Der Agentur geht sogar die Verfolgung des Schwachkopfbildes zu

weit, so was, sagen die der Presse, hätten sie nicht zur Anzeige gebracht. Sind ja Liberale.

Was wir nun bei der Pressesprecheri des Ministeriums erfragen wollten, war, ob der Herr Minister annimmt, dass dadurch Groll und Abscheu zu- oder abnehmen.

Das haben sie uns nicht beantwortet, was sich so lesen lässt, als wäre ihnen der Minister peinlich. Das kann aber nicht sein, die sind selber lauter Grüne.

Minister Habeck wurde sogar im Fernsehen danach befragt, er bezeichnete die Beleidigung als nur den „Auslöser“ für die Hausdurchsuchung, für die es weitere Hintergründe gebe.

Weitere Hintergründe, die nicht im Durchsuchungsbeschluss stehen, den Robert Habecks Anzeige ausgelöst hat – wir baten bei der Sprecheri des Bundesjustizministeriums um die Mitteilung, ob der Herr Bundesjustizminister daran juristisch oder rechtspolitisch etwas auszusetzen hat.

Man antwortete uns: „Die Strafverfolgung ist Aufgabe der unabhängigen Ermittlungsbehörden. Im BMJ liegen keine amtlichen Informationen zu dem von Ihnen geschilderten Fall vor. Deshalb kann das BMJ auch keine rechtliche oder rechtspolitische Bewertung des Sachverhaltes vornehmen.“

Wenn Robert Habeck Kanzler ist, werden wir bestimmt eine aussagekräftige Beantwortungslage erfahren. ●



Sonstiger Stoff

Gibt es „Gegendemo“ und „Gegenprotest“ auch ohne Demo und ohne Protest?

Demonstranten und Protestierer müssen mit Gegendemonstrationen und Gegenprotesten rechnen, so haben wir es gelernt, und damit müssen alle rechnen, theoretisch auch die, die nie auf Gegenproteste und Gegendemos stoßen. Praktisch kommt es zu so was nur mit hofstaatlicher Unterstützung. Solidarität gegen Bauern, wenn sie aufbegehren.

Die Bauern mal als Beispiel genommen; niemand protestiert gegen die Bauern, wenn sie nicht angefangen haben, dabei könnten die Linken sich auch ans Feld stellen und Haltung zeigen, auch könnte Jena-solidarisch für Impfpflicht demonstrieren, ohne dass dafür ein Montagsspaziergang vorüberzieht. Würde man dann von Gegendemo oder Gegenprotest sprechen?

Ist es denkbar und möglich, dass es nur die Gegendemo und den Gegenprotest gibt?

Das ist inzwischen genauso gut vorstellbar wie die Möglichkeit, dass wir etwas übersehen haben.

Ein Bürgerdialog ist angesetzt, es wird laut Lokalnachrichtenportal „von Gegenprotesten begleitet“, laut Lokalzeitung bekommt die „Gegendemo“ sogar „Unterstützung aus dem Bundestag“, hinter der Bezahlschranke ist zu erfahren, es treten dieser Lenkert und Katrin Göring-Eckardt auf.

Darum fragten wir jeweils an, was der Protest zu dem Gegenprotest und was die Demo zu der Gegendemo gewesen sei.

Zudem baten wir bei der Pressestelle des Bundestages um die Auskunft, ob bestätigt wird, dass es sich bei diesen Auftritten um Unterstützung aus dem Bundestag handelte.

Die Fragen sind doch sehr akademisch. Der von dem Portal hat sie verstanden, der darf das, der ist privat, und bedankt sich mit der Zusage, künftig auf Sprachfeinheiten stärker zu achten. Die bei Hofe haben das nicht nötig, denen ist klar, hier steht die Demokratie gegen die Bürger zusammen, der Bürgerdialog ist schon Demo genug.

„Ihre Anfrage ist im Pressereferat der Bundestagsverwaltung eingegangen. Deshalb empfehle ich Ihnen im vorliegenden Fall, sich direkt mit den entsprechenden Fraktionen des Bundestages in Verbindung zu setzen“, hieß es

von da. Um die ging es aber nicht. Die Unterstützung kommt nicht aus dem Bundestag, ein Auftritt von Katrin Göring-Eckardt und diesem Lenkert würde den Begriff Unterstützung sehr weit dehnen. Die Unterstützung leistet die Zeitung, die das Bild vermittelt, es hätte Unterstützung aus dem Bundestag gegeben. Der durchschnittliche TLZ-Leser liegt denkverfahremäßig nur leicht über dem TLZ-Journalistendurchschnitt. Hängen bleibt die ausgelöste Emotion, da habe doch was getan werden müssen gegen den Bürgerdialog und die Staatsgewalt habe geholfen. ●



Warum wir Manches eigentlich doch nicht, aber dann dennoch behandeln

Das hätte sich aufgedrängt für die Überschrift „Schamlose TLZ-Gerlinde zündelt mit dem Feuer“, wenn der Sachverhalt nicht so belanglos wäre. Merkels minderleistender Ostbeauftragter, der, der nicht Ministerpräsident wird, steigt aus der Politik aus, weil nicht einmal die Merzmerkelei CDU ihm einen sichern Listenplatz gibt und er das Direktmandat nicht gewinnt. Er stilisiert sich zum Opfer von Angriffen und Hass, wie das die, die das dürfen, halt machen.

Belanglose Leute tun uninteressante Sachen, was schert es uns. Er wird gewiss eine Anschlussverwertung finden, wer kann schon im Arbeitszeugnis vorweisen, „war ständig bemüht, den Aufbau in Ostdeutschland zu koordinieren“.

Und nun muss die schamlose TLZ-Gerlinde im Aufmachertext texten, er werde „aus der Politik verjagt“. Sie listet Fälle mit szenetypischer Vorauswahl auf, in die sie ihn einreihet.

Spielt sie da nicht mit dem Feuer, weil dann die Falschen den Aufwind geblasen kriegen zu denken: „Na dann bringt es ja was“? Wenn sie ihren Quatsch selber glaubt, muss sie das denken.

Reicht für uns nicht als Fall. Wir sind zwar in der gleichen Situation wie die Regionalpresse, wir müssen Seiten billig füllen, aber das wäre nun doch zu billig, denn für uns ist wichtig, was Sie interessiert.

Da kommt aber was.

Er habe „den Mund aufgemacht“, schreibt sie.

Und?

Dasselbe sagte Robert Habeck dazu; einer, der „den Mund aufgemacht“ habe.

Das ist jetzt kein Zufall, da sind nicht beide so originell, dass ihnen das Gleiche einfallen würde, weil es halt so wäre. „Den Mund aufmachen“ ist das neue „Gesicht zeigen“, die Sprachregelung für die verkorkste Infosphäre, die dumm,

korrupt und verkommen machen will.

Bitte achten Sie darauf, diese hohle Phrase wird Ihnen demnächst häufiger begegnen. Nie werden es mündige Bürger sein, sondern Haltungszestoden, über die das behauptet wird. Die haben allesamt nichts zu sagen, keinen

einigen eigenen Gedanken. Aber „machen den Mund auf“.

Deshalb mussten wir Sie doch damit thematisch behelligen. Wir bitten um Entschuldigung und danken für Ihr Verständnis.

Wir haben auch Leser aus der Zukunft, die wissen möchten, wie es passiert ist. ●



Jenaer Impressionen



Bücher für den Gabentisch

20 Euro, www.solibro.de



17 Euro, www.buchhaus-loschwitz.de



Das Qualitätsblatt unter den Presseprodukten

Parteischutz warnt: Übertriebene Anzeigen unterwegs

Mit der Aufgabe, die Politik noch besser zu erklären, dürfen Politiker nicht alleingelassen werden



„Ich wurde überfallen und der Räuber hat Robert Habeck beleidigt“ oder „Einbrecher bezeichnen Annalena Baerbock als dümmste Außenministerin der Ampelregierung“, mit solchen alarmierenden Notrufen sieht sich die Polizei immer häufiger konfrontiert, doch wenn sie am Tatort eintrifft, bleibt von den schweren Anschuldigungen nichts übrig. „Wer falsche Darstellungen benutzt, um die Polizei zum schnellen Einsatz zu bewegen, macht sich seinerseits strafbar“, darauf weist der Parteischutz hin.



Prominente versuchen es bei Wahlempfehlungen diesmal mit umgekehrter Psychologie

Immer mehr Promis müssen die bittere Erfahrung machen, dass ihre Wahlempfehlungen nicht befolgt werden, nicht einmal von ihren Fans. Auf zivilgesellschaftliches Gesicht zeigen wollen sie indes auch diesmal nicht verzichten, darum empfehlen sie das Gegenteil von dem, was sie eigentlich meinen. „Wenn die Leute gegen unseren Rat wählen, dann passen wir unsere Ratschläge eben an“, erklärt der Interessenverband engagierter Promis.



Zwischen Ende der Wahlperiode und Neubildung des Regierungsschweines in neuen Schläuchen haben die demokratischen Spielregeln den Wahlabend gesetzt. Das ist der Termin, an dem die Bewerber um das Vertrauen feststellen, dass sie ihre Politik nicht gut genug erklärt haben, so dass die Wähler nicht verstehen, warum sie wieder diese Parteien wählen sollen. Aber ist dies wirklich die alleinige Aufgabe der Politiker? Nein, denn die sollen sich um die Belange der Politik kümmern. Erklärung und Vermittlung ist Sache der Medien, die nicht umsonst so heißen. Wir stehen in der Pflicht, diese an beide Seiten gerichtete Dienstleistung verantwortungsvoll auszufüllen.

Studie mit klarem Ergebnis: Es gibt genügend Geld, es muss nur effektiver eingetrieben werden

In Zeiten klammer Kassen in den demokratischen Institutionen ist es ein Hohn, wenn Geldbestände in Portemonnaies gehortet werden. Eine Studie im Auftrag der Olaf-Scholz-Stiftung kommt zu einem klaren Ergebnis: Dieses Geld würde reichen, um die Haushaltslücken zu decken, und davon hätten alle was. Friedrich Merz zeigte sich interessiert und sagte zu, diese Erkenntnisse in seine Regierungsarbeit einfließen zu lassen.

